

UN rügen Irans Widerstand

„Nicht nur Regierung verletzt Menschenrechte“ / Heftige Antwort

GENEVE, 27. Februar (Reuter). Nicht nur die Regierung in Teheran, sondern auch die iranische Widerstandsorganisation der Volksmudschaheddin mißachtete die Menschenrechte. So lautet das Fazit des Berichts der Vereinten Nationen (UN) über die Situation in Iran. Der salvadorianische Rechtsanwalt Galindo Pohl, der UN-Sonderbeauftragte, legte am Montag in Genf die Ergebnisse seiner einwöchigen Recherchen in der islamischen Republik vor. Nach sechs Jahren hatte die Regierung erstmals eine solche Kontrolle vor Ort gestattet. Weitere Besuche, räumte Pohl ein, seien aber erforderlich, um zusätzliche Informationen einzuholen.

In seinem 76 Seiten starken Dokument stellte der Sonderbeauftragte fest, die iranische Regierung habe sich gegenüber früher Protesten zugänglich gezeigt, was zum Beispiel die Massenhinrichtungen von Rauschgifthändlern angehe. Seit fünf Monaten habe es wenigstens keine öffentlichen Exekutionen mehr gegeben.

Pohl nannte in seinem Bericht 700 Menschen, die während der vergangenen zwei Jahre von den Behörden hingerichtet wurden. Iranischen Medien zufolge sollen jedoch in knapp einem Jahr 1300

Personen exekutiert worden sein. Menschenrechtsorganisationen schätzen die Zahl noch weitaus höher ein.

Die Volksmudschaheddin richteten ihrerseits nach Darstellung des UN-Mitarbeiters mindestens 39 Menschen hin. Außerdem berichtet er von Zeugen, die irrtümlich von der Widerstandsorganisation auf die Liste der Todeskandidaten gesetzt wurden. Andere hätten ausgesagt, die Volksmudschaheddin hätten sie gezwungen, sich selbst Verletzungen zuzufügen und in der Öffentlichkeit zu erklären, sie seien gefoltert worden.

Die von Irak aus operierende Widerstandsgruppe wies diese Vorwürfe vehement zurück: Pohls Bericht sei Ergebnis eines politischen Handels mit Teheran, wonach die UN ihre Kritik mäßigen, während Iran sein Bestes tun werde, um die Freilassung westlicher Geiseln aus der Gewalt proiranischer Entführer in Libanon zu erreichen. Pohls Aussagen seien „völlig manipuliert, voreingenommen“ und „ohne Gültigkeit“. Er vertusche „die furchtbaren Menschenrechtsverletzungen und die Verbrechen der grausamsten religiösen Diktatur der Gegenwart“, so die Mudschaheddin.

AA000073

FR, 28.2.90

Europaparlament verurteilt Teheran

TA2,
7.4.90

Seit 1981 sind im Iran 90.000 Menschen hingerichtet worden / Abgeordnete über Rushdie-Todesurteil „zutiefst beunruhigt“

Straßburg (ap/taz) — Das Europaparlament hat am Donnerstag die fortgesetzte Verletzung der Menschenrechte im Iran verurteilt und Teheran aufgefordert, alle Hinrichtungen einzustellen. Seit dem Jahr 1981 seien schätzungsweise 90.000 Menschen hingerichtet und 140.000 in Haft genommen worden, hieß es in einer zu diesem Thema veröffentlichten Resolution. Die weitaus meisten dieser Opfer seien, teilte das Pressebüro der „Volksmudschaheddin Iran“ dazu mit, „Anhänger und Aktivisten der iranischen Volksmudschaheddin und der Nationalen Befreiungsarmee des Iran (NLA)“.

Die Europaparlamentarier verlangten vom Iran außerdem, daß eine Delegation der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen sowohl die Gefängnisse des Landes besuchen wie auch ungehindert mit den Inhaftierten und de-

ren Angehörigen sprechen kann. Auch Mitarbeitern des Roten Kreuzes sollte der Zutritt zu den Zellen gestattet werden.

„Zutiefst beunruhigt“ sind die Abgeordneten der Resolution zufolge auch über das neuerliche Todesurteil gegen den britischen Autor Salman Rushdie, der von der islamischen Regierung in Teheran wegen seiner angeblich gotteslästerlichen *Satanischen Verse* verfolgt wird und in Großbritannien an einem geheimgehaltenen Ort lebt. Die Resolution wurde an die Regierungen aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft weitergeleitet.

Im vergangenen Jahr hatte das Europaparlament vergeblich in einer Erklärung alle Regierungen der EG aufgefordert, „sämtliche Verbindungen zum Khomeini-Regime abubrechen, Waffenverkäufe an dieses Regime und Erdölkäufe von ihm zu boykottieren“.

AA000074